

Thomas Klie

HYBRIDE BÜRGERGENOSSENSCHAFTEN

Perspektive für zukunftsweisende Daseinsvorsorge im ländlichen Raum?

Kurzfassung

Hybride Bürgergenossenschaften bieten sich insbesondere in kleinen Gemeinden, aber auch interkommunal als gemeinschaftlich getragene und initiierte Beiträge zur Daseinsvorsorge an.

Sie können sich auf unterschiedliche Felder der Daseinsvorsorge beziehen, leben von kommunalpolitischer Unterstützung und einem zivilgesellschaftlichen, aber auch unternehmerischen Engagement der Bürger*innen vor Ort.

aus: Abt, Jan / Blecken, Lutke / Bock, Stephanie / Diringer, Julia / Fahrenkrug, Katrin (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin 2021.

Herausforderung Daseinsvorsorge

Wie sind die Herausforderungen für die Sicherung der Daseinsvorsorge, bedingt durch den demografischen und sozialen Wandel, auf der kommunalen Ebene zu stemmen? Durch mehr digitale Lösungen? Mehr Public Private Partnerships? Mehr Ehrenamt? Wir halten gemeinwirtschaftliche Strategien für besonders interessant und zukunftsweisend. Nach Corona wird dies erst recht gelten. Darum haben wir in den letzten Jahren im Rahmen des BMBF-geförderten Projektes „Kommunale Daseinsvorsorge und Bürgergenossenschaften“ (KoDa eG) in sechs kleinen Kommunen Erfahrungen mit hybriden Bürgergenossenschaften gesammelt, die Aufgaben sozialer, kultureller, aber auch wirtschaftlicher Zwecke der Daseinsvorsorge gestalten und übernehmen sollten. Daseinsvorsorge heißt nicht nur Straßenbau, Ver- und Entsorgung sowie ÖPNV. Daseinsvorsorge heißt auch: Bedingungen guten Lebens für alle Bürger*innen vor Ort gewährleisten. Wie die Kommunen die ihnen verfassungsrechtlich zugeordneten Aufgaben der Selbstverwaltung in der Daseinsvorsorge gestalten, ist und bleibt ihre Angelegenheit. Das Ob und das Wie der Gestaltung von Daseinsvorsorgeaufgaben sind kommunalen und demokratischen Aushandlungsprozessen übertragen. Was als notwendig, was als nützlich und was als zusätzliche Aufgabe der Daseinsvorsorge verstanden wird (vgl. Schmidt 2018), ist letztlich dem kommunalen und kommunalpolitischen Diskurs überlassen. Für die einen ist das Schwimmbad unverzichtbar, für die anderen der Wanderweg. Wieder andere Kommunen setzen auf das kommunale Pflegeheim, andere auf wohnortnahe Wohngruppen. Handlungsbedarf ist allenthalben gegeben. Jedoch fehlen vielerorts die Institutionen und Angebote, um die existentiellen Bedarfe der Bürger*innen zu decken. Als unzureichend erlebte Angebote des öffentlichen Nahverkehrs und der örtlichen Mobilität gehören ebenso auf die Liste der Desiderate der Daseinsvorsorge wie zum Teil nachhinkende Infrastrukturentwicklungen im Bereich der Digitalisierung. Die Perspektive Bürgergenossenschaft ergänzt die hoheitlich organisierte Daseinsvorsorge und die in den letzten Jahrzehnten mit problema-

tischen Auswirkungen verfolgte Privatisierung um die Option der gemeinwirtschaftlichen Organisation öffentlicher Aufgaben.

Projekt „Kommunale Daseinsvorsorge und Bürgergenossenschaften“ (KoDa eG)

Die in dem Projekt „KoDa eG“ auf den Prüfstand gestellten hybriden Bürgergenossenschaften sind eine neuartige Form von Genossenschaften, da sie nicht nur eine Aufgabe aufgreifen, sondern eine potenzielle Vielfalt von Daseinsvorsorgeaufgaben unter ihrem Dach vereinen. Bürgergenossenschaften bieten neue lokalwirtschaftliche Aktivitäts-, Beschäftigungs- und Verdienstformate, können der lokalen Wertschöpfung und dem lokalen Werteerhalt dienen. Eine ressourcenorientierte Nutzung und der Erhalt vorhandener Infrastruktureinrichtungen kann durch Bürgergenossenschaften ebenso befördert werden, wie sie ihre Attraktivität über Ertragsrückflüsse und Anlageformen für die Mitglieder erhalten. Sowie zur konzeptionellen und ideologischen Ausgangslage.

Arbeitsthesen im Projekt „KoDa eG“ für Chancen von und Voraussetzungen für Bürgergenossenschaften

In den sechs Modellgemeinden im Projekt „KoDa eG“ konnte in sehr unterschiedlicher Weise die Resonanzfähigkeit des Konzeptes „hybrider Bürgergenossenschaften“ und seine Umsetzung zum Gegenstand von Beratungs- und Beteiligungsprozessen und der wissenschaftlichen Begleitforschung gemacht werden. Nachfolgende Arbeitsthesen lassen

Das Projekt

„KoDa eG – Wie Bürgergenossenschaften Leistungen der Daseinsvorsorge zukunftsfähig tragen können“ ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“.

„KoDa eG“ gründet Bürgergenossenschaften für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Kommunen. Vier Gemeinden erproben gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern, wie genossenschaftliche Modelle die Daseinsvorsorge tragen können.

weitere Informationen zum Projekt:

» www.kommunen-innovativ.de/koda-eg

Klie: Hybride Bürgergenossenschaften

Chancen von, aber auch Voraussetzungen für Bürgergenossenschaften erkennen:

- Hybride Bürgergenossenschaften sind auf die Offenheit für gemeinwirtschaftliche Strategien von Bürger*innen und Verwaltung angewiesen. Sie setzen Offenheit, nach Möglichkeit Erfahrung und gemeinwirtschaftliche Haltungen voraus.
- Hybride Bürgergenossenschaften benötigen eine gemeinwirtschaftliche Mentalität. Diese muss eingeübt sowie mit Beteiligungs- und Bildungsprozessen verbunden werden.
- Bürgergenossenschaften stellen kein Allheilmittel dar. Aber eine breite und auf alle wesentlichen Bereiche der Daseinsvorsorge ausgerichtete Kommunalpolitik wird in der Zukunft auf sie nicht verzichten können.
- Hybride Bürgergenossenschaften bieten vielfältige Konversionsanreize für bestehende Initiativen, Vereine oder Genossenschaften.
- Bürgergenossenschaften legen den Fokus auf die gemeinwirtschaftlichen Wurzeln der Daseinsvorsorge. Sie stellen eine tragfähige, traditionsreiche Alternative zur Dienstleistungsorientierung des neuen Steuerungsmodells dar.
- Hybride Bürgergenossenschaften sind keine Idealvereine. Sie verfolgen einen gemeinwirtschaftlichen Zweck und funktionieren nur mit einem tragfähigen Geschäftsmodell (vgl. Klie u.a. 2018).

Die sechs beteiligten Gemeinden wiesen eine sehr unterschiedliche Erfolgsbilanz aus. In Neuweiler im Schwarzwald konnte eine hybride Bürgergenossenschaft gegründet werden, die sich im Wesentlichen auf Fragen der Sorge und Pflege fokussiert. In der Stadt Offenburg wurde ein Programm zur Initiativförderung entwickelt und aufgelegt, das (auch) auf die Gründung von Bürgergenossenschaften gerichtet ist. In Oberried bei Freiburg wurde die Weiterentwicklung einer Wohnungsbaugenossenschaft zu einer Bürgergenossenschaft betrieben. In Oberreichenbach zeigte sich das Modell der Bürgergenossenschaften als nicht anschlussfähig. Es wurden jedoch Fragen der Alltagsversorgung durch ein Marktplatzkonzept aufgegriffen und ein

im hohen Maße proaktiver Unternehmerstammtisch eingerichtet. In Schuttertal ist es nicht gelungen, eine bestehende monothematische Bürgergenossenschaft, die einen Dorfladen betreibt, für weitere Aufgaben zu öffnen. Dafür wird in einem Bürgerbeteiligungsprozess die Gründung einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft weiterverfolgt. In Posterstein in Thüringen kam es ebenfalls nicht zu einer Genossenschaftsgründung. Dort konnten aber durch den Bürgerbeteiligungsprozess sowohl neue Allianzen geschlossen, als auch eine bis dato nicht für möglich gehaltene Dynamik bürgerschaftlicher Initiativen entfaltet werden.

Lessons learned: Hybride Bürgergenossenschaften

Am Ende des Projektes steht die Einsicht: Bürgergenossenschaften sind eine Idee mit Resonanz und Rückenwind, die allerdings noch das Fliegen lernen muss. Für Kommunen, die sich der gemeinwirtschaftlichen Option hybrider Bürgergenossenschaften öffnen wollen, wurden wesentliche Lernerfahrungen kondensiert:

*Am Anfang und im Mittelpunkt stehen die Interessen und Bedarfe der Bürger*innen in Fragen der Daseinsvorsorge*

Nicht die Gründung einer Genossenschaft darf im Vordergrund stehen. Anzusetzen ist an den unmittelbar erlebten Bedürfnis- und Bedarfslagen der örtlichen Bevölkerung. Insofern gehört an den Anfang immer eine prozesssystematische Analysen- und Bedarfsermittlung unter Beteiligung der Bürger*innen. Ob Bürgergenossenschaften oder eine andere Form eine Antwort auf die identifizierten und zum Teil geweckten Bedarfe sind, muss offen bleiben.

Bürgergenossenschaft gegen die Kommune geht (auf Dauer) nicht

Sollen Bürgergenossenschaften einen Beitrag zur Daseinsvorsorge leisten, brauchen sie langfristig die Unterstützung der Kommunen. Sie können von Bürger*innen oder von Unternehmer*innen initiiert werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen wirken vielfältig als Ideengeber und Innovationskraft. Schließlich braucht es aber die Kom-

munen: Sie genießen in der Bevölkerung in der Regel ein hohes Ansehen und Vertrauen. Sie können Ressourcen zur Verfügung stellen. Sie binden möglicherweise Einzelinitiativen zurück in demokratische Strukturen und wirken Partikularinteressen und Ausgrenzungstendenzen vor Ort entgegen.

Es braucht ein oder mehrere Zugpferde, die die mit Bürgergenossenschaften verbundenen Ziele verfolgen, eine Bürgergenossenschaft initiieren und voranbringen

In allen Kommunen hat sich gezeigt: Bürgergenossenschaften brauchen „Raiffeisen“, Personen, die für die Idee brennen. Gemeinwirtschaftliche Initiativen sind immer (auch) an Personen gebunden, die sich mit der Idee identifizieren. Dabei sind (unternehmerische) Risikobereitschaft und wirtschaftliche Kompetenz unverzichtbar. Insofern sind die Promotoren und Pioniere von Bürgergenossenschaften nicht (unbedingt) diejenigen, die in Vereinen aktiv sind und die Ziele von Idealvereinen verfolgen.

Bürgergenossenschaften brauchen Unternehmergeist und eine unternehmerische Haltung im Sinne des Gemeinwesens

Nicht die gute Idee und gute Sache allein zählen. Es braucht auch unternehmerische Intelligenz. In den Beratungsprozessen hat sich gezeigt: Eine Genossenschaft lebt in ihrer Gründung, aber insbesondere auch in ihrem Betrieb von Fach- und Sachkompetenzen der Verantwortungsträger. Nicht die Identifikation mit den Zielen allein verspricht den Erfolg der Wahrnehmung von zentralen Rollen in der Genossenschaft. Hier sind – und das kann Genossenschaften gerade für Personen mit unternehmerischer Erfahrung attraktiv machen – wirtschaftliche, juristische, steuerrechtliche und administrative Kompetenz neben der Sachkompetenz bezogen auf die verfolgten Aufgabenbereiche gefordert. Dabei ist insbesondere die Gründungsphase davon geprägt, die gemeinwirtschaftliche Orientierung, die den Unterschied zu klassischen Unternehmen, aber auch zu Idealvereinen ausmacht, zu erkennen und zu lernen.

Bürgergenossenschaften sind Unikate, die eine fachlich erfahrene, flexible und motivierende Begleitung von der Ideenfindung bis zur Genossenschaftsgründung benötigen

Ohne Coaching, das hat „KoDa eG“ deutlich gemacht, lassen sich Strategien gemeinwirtschaftlicher Beantwortung von Aufgaben der Daseinsvorsorge in Form von Bürgergenossenschaften nicht etablieren. Zunächst bedarf es einer Prüfung, ob die in der Bürgerschaft verfolgten Ziele, aber auch die zum Engagement bereiten Bürger*innen mit der Rechtsform einer Genossenschaft erreicht werden können. Wie bei den sogenannten Seniorengenossenschaften eignen sich etwa Nachbarschaftshilforganisationen nicht für die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaften. Hier braucht es die Möglichkeit, steuer- und sozialversicherungsrechtliche Privilegierung in Anspruch zu nehmen, etwa über die Übungsleiterpauschale. Auch bieten Organisationen der Nachbarschaftshilfe keine Grundlage für ein Geschäftsmodell, das eine Genossenschaft tragen könnte. Gemeinsam und mithilfe des Coachings gilt es zu klären, welche unterschiedlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge in einer Bürgergenossenschaft verbunden werden können, etwa Energieproduktion und -versorgung, Mobilität und Alltagsversorgung. Ebenso können sie bereits vorhandene Ideen und Diskussionen vor Ort zusammenführen und Konzepte wirtschaftlich tragfähiger Bürgergenossenschaften entwickeln helfen.

Hybride Bürgergenossenschaften werden als geeignete Konzeption und Rechtsform (an)erkannt, um Themen der Daseinsvorsorge unter einem Dach zu vereinen

Das Projekt „KoDa eG“ hat hybride Bürgergenossenschaften als neue Idee im Genossenschafts- und Daseinsvorsorgediskurs platziert. Es stieß auf große Resonanz: Vor Ort bei den Bürgermeistern, auf Landesebene in unterschiedlichen Ressorts. Hierzu hat auch eine Veranstaltungsreihe zu Bürgergenossenschaften mit insgesamt vier Ressorts in Baden-Württemberg beigetragen. Die sektorenübergreifende Anlage von Bürgergenossenschaften von Gesundheit über Mobilität bis zur Energieversorgung wurde als hochattraktiv erkannt. Das Projekt „KoDa eG“ hat bundesweit, aber

auch in Österreich, Resonanzen erzeugt und etwa zu Gründungen von hybriden Bürgergenossenschaften geführt. Das Projekt hat allerdings auch deutlich gemacht: Es müssen die Rahmenbedingungen in juristischer Hinsicht und in der Beratung verbessert werden, damit Bürgergenossenschaften in der Breite eine Chance erhalten.

Eine Fortsetzung des Projektes wurde leider nicht möglich. Hier sollten interkommunale Initiativen und Genossenschaftsmodelle – insbesondere in strukturschwachen Gebieten – erprobt werden. Viele interkommunale Zusammenschlüsse wollten mitmachen. Das zeigt: das Konzept verfängt, braucht aber weiter „Promotion“.

Zum Weiterlesen

Klie, Thomas / Wernicke, Florian / Lissek, Katarina (2018): Daseinsvorsorge neu gedacht: Bürgergenossenschaften - gemeinwohlorientiert, demokratisch, zukunftssicher, in: Genograph. Journal für die Genossenschaften in Baden-Württemberg. Heft 10. Seite 53-54. Online verfügbar unter: <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Daseinsvorsorge-neu-gedacht-Buergergenossenschaften-6401.htm> (zuletzt geprüft 22.02.2021).

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V. (2015): Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband (BWGV). Online verfügbar unter: <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/> (zuletzt geprüft 22.02.2021).

Reifschneider, Annika (2020): „Genossenschaftlich getragene Quartiersentwicklung“ – Roadshow zum Projektstart. Online verfügbar unter: <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Genossenschaftlich-getragene-Quartiersentwicklung-Roadshow-zum-Projektstart-9039.htm> (zuletzt geprüft 22.02.2020).

Der Autor

Prof. Dr. habil. Thomas Klie; Leiter Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg/Berlin; Arbeitsschwerpunkte: demografische Wandlungsprozesse, digitale Transformation, Gesundheitswesen und Langzeitpflege.

Literatur

- » Klie, Thomas / Wernicke, Florian / Lissek, Katarina (2018): Daseinsvorsorge neu gedacht: Bürgergenossenschaften - gemeinwohlorientiert, demokratisch, zukunftssicher, in: Genograph. Journal für die Genossenschaften in Baden-Württemberg. Heft 10. Seite 53-54. Online verfügbar unter: <https://www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Daseinsvorsorge-neu-gedacht-Buergergenossenschaften-6401.htm> (zuletzt geprüft 22.02.2021).
- » Schmidt, Thorsten Ingo (2018): Daseinsvorsorge aus rechtswissenschaftlicher Perspektive, in: Klie, Thomas / Klie, Anna Wiebke (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden. Seite 269-338.